

Fürsorgeopfer sollen 300 Millionen erhalten

Artikel in Der Bund, Bern, 14. Januar 2015, mit 30 LeserINNENkommentaren

URL: <http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Fuersorgeopfer-sollen-300-Millionen-erhalten/story/13372755#mostPopularComment>

(Stand 14. Januar 2015, 17.00)

Der Bund

Bern, 14. Januar 2015, 15.29 Uhr.

Mit 30 Kommentaren

Fürsorgeopfer sollen 300 Millionen erhalten

Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative: Der Bundesrat will die ehemalige Verdingkinder entschädigen – jedoch mit deutlich weniger Geld als gefordert.



Erlebten Behördenwillkür: Ehemalige Verdingkinder und Opfer fürsorglicher Massnahmen posieren auf dem Bundesplatz in Bern.

(31. März 2014) Bild: Keystone

Der **Bundesrat** kommt den Initianten der Wiedergutmachungsinitiative entgegen. Er hat beschlossen, dem Volksbegehren einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellen. Die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen sollen mit bis zu 300 Millionen Franken entschädigt werden.

Das ist weniger als die von der Initiative verlangten 500 Millionen Franken. Mit einem Gesetz könnten die Geschehnisse aber rascher als über eine Verfassungsänderung

aufgearbeitet werden, schreibt der Bundesrat in einer Mitteilung. Dadurch würden möglichst viele Opfer noch in den Genuss der Wiedergutmachung kommen.

Bis nächsten Sommer will der Bundesrat eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Diese soll neben finanziellen Leistungen in der Grössenordnung von 250 bis 300 Millionen Franken auch das geschehene Unrecht gesetzlich anerkennen, die Akten sichern und die Akteneinsicht für die Betroffenen regeln.

Breite Unterstützung

Die Initiative «Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen» ist im Dezember mit fast 109'000 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Sie verlangt die Einrichtung eines Fonds in der Höhe von 500 Millionen Franken zur Entschädigung der am schwersten betroffenen Opfer. Über die Finanzierung schweigt sich die Initiative aus.

Diese wurde vom Unternehmer Guido Fluri lanciert. Im Initiativkomitee sind neben Vertreterinnen und Vertretern der Betroffenenorganisationen Mitglieder aller Bundeshausfraktionen mit Ausnahme der SVP vertreten.

Fürsorgerische Zwangsmassnahmen waren im 20. Jahrhundert in der Schweiz gegen mindestens 20'000 Menschen angeordnet worden. Manche wurden als Kinder an Bauernhöfe verdingt, andere zwangssterilisiert, für Medikamentenversuche missbraucht oder wegen «Arbeitsscheu», «lasterhaften Lebenswandels» oder «Liederlichkeit» weggesperrt.

Der Zugang zu Gerichten blieb den Betroffenen in den meisten Fällen verwehrt. Erst 1981 wurde die Praxis der administrativen Zwangsversorgung gestoppt. Im Verlauf der letzten Jahre gab es erste Schritte zur Rehabilitierung der Betroffenen.

An einem Gedenk Anlass bat Justizministerin Simonetta Sommaruga im April 2013 die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen im Namen des Bundesrats um Entschuldigung. Ein Jahr später verabschiedete das Parlament ein Gesetz, mit dem das Unrecht anerkannt wird. Eine finanzielle Wiedergutmachung ist darin nicht vorgesehen. Vorerst gibt es nur einen Soforthilfefonds.

Soforthilfe noch bis im Sommer

Bisher erhielten Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen rund drei Millionen Franken an Soforthilfe. Zwischen Juni und Dezember 2014 gingen rund 650 Gesuche beim Ausschuss des Soforthilfefonds ein. 450 Gesuche wurden geprüft, in über 400 Fällen wurden Beiträge ausbezahlt - durchschnittlich in der Höhe von rund 8000 Franken pro Person. Die Frist für Soforthilfe-Gesuche läuft Ende Juni 2015 ab.

Neben der Soforthilfe hatte ein von Justizministerin Simonetta Sommaruga ins Leben gerufener Runder Tisch die Schaffung von Gesetzesgrundlagen für finanzielle Leistungen vorgeschlagen. Diese sollen es ermöglichen, allen Opfern - nicht nur denjenigen, die sich heute in einer finanziellen Notlage befinden - gewisse finanzielle Leistungen als Anerkennung des erlittenen Unrechts und als Zeichen gesellschaftlicher Solidarität zukommen zu lassen.. (ajk/sda)

(Erstellt: 14.01.2015, 12:22 Uhr)

30 Kommentare

Leo Klaus vor 4 Std.

Wie waere es, wenn man den Bauern die Subventionen ein wenig kuerzen wuerde, um diese Opfer eine anstaendige Kompensation zu bezahlen? Schliesslich waren es in erster

Linie die Landwirtschaft und die Bauern, welche von dieser modernen Sklaverei profitiert haben.

Empfehlen (72) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Tschüge Meier vor 3 Std.

@ Leo Klaus; Sorry, blöder Pauschalvorwurf! Aber wie wäre es wenn wir die Subventionen ganz weglassen und die Bauern als Kompensation statt mit durchschnittlich 20% des Verkaufspreises neu mit 40% des Verkaufspreises entschädigt werden. Das würde allerdings die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben (was Sie nicht weiter belasten wird, da sie Ihre Einkäufe vermutlich jenseits der Grenze tätigen)

Empfehlen (16) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Louis Meier vor 2 Std.

Tschüge, trotz Subventionen und Marktabschottung haben wir heute schon teilweise 100% teurere Lebensmittel als unsere Nachbarn. Wahrscheinlich fehlen den Bauern die freiwilligen Ernhelfer oder Verdingkinder, wie man sie früher nannte, um auf dem Markt bestehen zu können

Empfehlen (10) Melden Über Facebook Teilen
Karin Ammann vor 3 Std.

Billig, wie man die Entschädigungssumme um 200 Millionen kürzen will!

Empfehlen (34) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Grenzer HP vor 3 Std.

Ich kenne Personen, die unter widerlichsten Umständen, zuhause, unter elterlicher Aufsicht, aufgewachsen sind. Geschlagen, Körperlich- und Sexuell ausgebeutet. Von wem kriegen diese Leute eine Entschädigung?

Empfehlen (36) Melden Über Facebook Teilen Antworten
adam gretener vor 3 Std.

Aha, Sie möchten also die Einen durch die Anderen ausspielen. Ganz tolles Vorgehen. Beim ersten Fall war der Staat - also wir alle - verantwortlich. Das andere betrifft eine Familie. Scheint ja gerade gross in Mode zu sein, dass der Staat nicht in absolut kaputte Familien eingreifen darf. Was denn nun?

Empfehlen (19) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Hans Roth vor 3 Std.

Und wer bezahlt in 30 / 40 Jahren für die Verbrechen die momentan die teure KESB begangen werden. Auch da werden wieder Klagen eingehen.

Empfehlen (47) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Hans Wegmann vor 2 Std.

Sie wahrscheinlich wohl kaum, oder gedenken sie 120 Jahre alt zu werden?

Empfehlen (11) Melden Über Facebook Teilen Antworten
gabriela merlini vor 1 Std.

Es "bezahlen" seit Jahrzehnten, obwohl einige dagegen kämpften, dieselben; i.a.R. Menschen (also auch Kinder) aus der Unterschicht. Darauf gründet der Wohlstand der Schweiz auch, und es leben ebenfalls noch einige Täter, die kein grosses Interesse daran haben, erstens dieses systematische Tun ehrlich aufzuarbeiten, zweitens Entscheidendes zu ändern; es lohnt sich, die Unterschicht einzuschüchtern; die arbeiten dann fleissig, billig und sterben früher. Deshalb sollten alle Nichtprofiteure dieses Systems sich für Aufarbeitung und für eine Entschädigung, die den Herrren und Damen richtig weh tut, einsetzen, damit es nicht mehr getan wird. Und es sollte gesellschaftlich geächtet werden, dass Mittellose derart bedrängt und beschädigt werden. Denn dies haben nur schwache Staaten nötig.

Empfehlen (1) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Deiss Erich vor 3 Std.

Die Verdingkinder kamen alle aus misslichen Bedingungen, für die die Bauern nichts dafür können. Und ich denke, dass wohl die meisten Bauern diesen Verdingkindern wieder ein lebenswertes Leben ermöglicht haben. Auch wenn es unter diesen Bauern scharze Schafe gab, ist es ziemlich daneben, jetzt alle Bauern schlecht zu machen.

Empfehlen (19) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Hans Wegmann vor 2 Std.

Daneben ist aber auch die Dinge schön zu reden! Generell hatten es die Kinder schlecht und dies lag nun mal vor allem an den Bauernfamilien.

Empfehlen (34) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Norbert Kaufmann vor 3 Std.

Die politische Clique, die bei diesem Treiben mitgemacht hat (auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene), will jetzt den Beitrag um 200 Millionen CHF kürzen. Einfach beschämend. Dass die SVP bei der Wiedergutmachung nicht mitmacht, ist noch beschämender, denn die meisten Verdingkinder wurden ja bei den Bauern wie Sklaven gehalten.

Empfehlen (42) Melden Über Facebook Teilen Antworten
peter müller vor 3 Std.

Ist ja schon komisch. Wenn die UBS oder sonst so eine Banken-Verbrecher-Organisation (Libor-, Gold- und Forexbetrügereien!) schnippt, dann hüpfen unsere Superpolitiker und innert Wochenfrist, kommen 5 Milliarden (5'000'000'000 CHF) geflogen und weitere 60 Milliarden als Bürgschaft. Aber wenn ein Bruchteil für Menschen gezahlt werden sollen, dann brauchen die berner Marjonetten Jahrzehnte!

Empfehlen (41) Melden Über Facebook Teilen Antworten
peter müller vor 3 Std.

Kann es sein, dass der Bundesrat die zukünftigen Schadenszahlungen der KESB klein halten will?

Empfehlen (26) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Marc Keller vor 2 Std.

ja dann müssten aber die Eltern eigentlich auch für ihre kriminellen Kinder haften (das Flaacher Paar) oder etwa nicht?

Empfehlen (8) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Marc Keller vor 2 Std.

vielleicht sollte man ja auch die (Gross-)Eltern, der vermeintlichen KESB-Opfer, mit in die (finanzielle) Verantwortung nehmen, wenn ihre Kinder zu kriminellen Betrüger verkommen.

Empfehlen (6) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Hans Roth vor 1 Std.

Marc Keller

So ein Blödsinn, man hätte nur die Grosseltern, die die Kinder gerne genommen hätten, mit einbeziehen sollen statt in typischer Behörden Manier die Kinder in ein Heim zu stecken.

Empfehlen (4) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Silva Thalmann vor 1 Std.

@ Marc Keller: Da müssten sie aber noch vielen Eltern die Kinder wegnehmen, nur weil jemand am Internet betrügt.

Empfehlen (5) Melden Über Facebook Teilen Antworten
Hans Roth vor 19 Min.

Silvia Thalmann

Andererseits darf man Drogenhändler nicht Ausschaffen weil irgendwo in der Schweiz noch eine Ex - Frau mit Kindern ist.

Empfehlen (1) Melden Über Facebook Teilen Antworten

Marcel Enggist vor 2 Std.

Eine Schweinerei in jeder Hinsicht. Doch warum muss wiedereinander die heutige Generation für Fehlverhalten der Vergangenheit aufkommen? Sollen doch die betroffenen Täter, wie z.B. die Bauern, dafür gerade stehen.

Empfehlen (22) Melden Über Facebook Teilen Antworten

Silvia Müller vor 2 Std.

Es werden hier wichtige Informationen unterschlagen. Z.B. dass Väter für die Verdingkinder jahrzehntelang Alimente auf Bankkonten bezahlt haben, und diese niemals ausbezahlt worden sind. Banken haben das Geld, und 2015 verfallen die Ansprüche. Von mind. 100'000 Verdingkindern leben nur noch ca. 10'000. Landwirtschaft hat von Gratisarbeit im Wert von 20 - 65 Milliarden ! Fr. profitiert. (20min.ch)

Empfehlen (31) Melden Über Facebook Teilen Antworten